

Antrag an die Landesastenkonferenz

**Landesstudierendenvertretung
Baden-Württemberg**
Der Vorstand

Adresse:
c/o Studierenderrat der Uni Tübingen
Clubhaus
Wilhelmstraße 30
72074 Tübingen

Website: lastuve-bawue.de
E-Mail: vorstand@lastuve-bawue.de

Datum: 12. Januar 2025

Studierende werden im Landeshaushalt 25/26 vergessen

Hochschulen und Studierende in Baden-Württemberg leiden unter wachsender finanzieller Belastung

Die Landesstudierendenvertretung kritisiert den Wissenschaftshaushalt 25/26 scharf und sieht darin eine Gefährdung der Zukunft des Wissenschafts- und Studienstandorts Baden-Württemberg. Konkret geht es um die unzureichende Finanzierung der Hochschulen und eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Studierenden. Die Landesstudierendenvertretung warnt, dass die Landesregierung damit der Bildungsgerechtigkeit schadet und den Fachkräftemangel verschärft.

Die Landesregierung behauptet, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für die Jahre 2025/2026 unter anderem die Schwerpunkte Bildung und Innovation gesetzt zu haben. Die Landesstudierendenvertretung kann diese Prioritätensetzung im beschlossenen Landeshaushalt nicht erkennen.

In ganz Baden-Württemberg verlieren die Hochschulen real an finanziellen Mitteln. Dies führt zu einer Reduzierung der Stellen für Lehrpersonal, wodurch die verbleibenden Lehrkräfte für mehr Studierende verantwortlich sind. Als Folge müssen das Lehrangebot und perspektivisch das Studienangebot reduziert werden. Hochschulen werden dadurch deutlich weniger in der Lage sein, an der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft teilzunehmen, hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden und Innovationen voranzutreiben. Dass Wissenschaftsministerin Olschowski die Augen vor der Realität verschließt, ändert nichts an der tatsächlichen Situation.

Die soziale Situation der Studierenden, die für ein erfolgreiches Studium und damit auch unmittelbar für neue Fachkräfte in Forschung und Wirtschaft von großer Bedeutung ist, wurde in diesem Haushalt offenbar nicht berücksichtigt. Besonders wichtig sind hierfür die acht Studierendenwerke des Landes, die durch ihr Unterstützungsangebot einen wesentlichen Beitrag zum Studienerfolg und zur Attraktivität des Hochschulstandorts Baden-Württemberg leisten.

LAK-Antrag: Studierende werden im Landeshaushalt 25/26 vergessen

Finanzielle Belastung der Studierenden

Gut ein Drittel aller Studierenden waren laut EU-SILC 2023 armutsgefährdet. Die letzten Sozialerhebungen des DSW zeigen als Tendenz eine zunehmende Armut unter Studierenden. Die Studierendenwerke sind die Einrichtungen des Landes zur sozialen Unterstützung der Studierenden und müssen dementsprechend gestärkt werden, um der studentischen Armut entgegenzuwirken.

Die Studierendenwerke finanzieren sich größtenteils selbst. Die Finanzhilfe des Landes macht nur noch einen geringfügigen Teil der Finanzierung aus. Die Kosten der Studierendenwerke sind in den letzten Jahren stark angestiegen, bedingt durch die hohe Inflation bei Nahrungsmitteln und die starken Auswirkungen der Tarifierhöhungen.

Jeder Cent, der nicht aus der Finanzhilfe kommt, muss entweder von Studierenden getragen werden (insbesondere durch Semesterbeiträge und erhöhte Mensapreise) oder führt zwangsläufig zu einer Einschränkung der sozialen Unterstützung der Studierenden.

Trotz großer und anhaltender Anstrengungen der Studierendenwerke kommt es für die Studierenden in Baden-Württemberg im Vergleich zu vor fünf Jahren zu einer jährlichen Mehrbelastung von 30 Millionen Euro. In den nächsten Jahren wird eine zusätzlichen Mehrbelastung durch die letzten Tarifierhöhungen von jährlich ca. 12 Millionen Euro die Studierenden treffen.

Die in den Haushaltsberatungen beschlossene Erhöhung der Finanzhilfe um 1,2 Millionen Euro im Jahr 2026 ist daneben nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die BAföG-Bearbeitung wurde vom Land den Studierendenwerken übertragen. Die Finanzierung des Landes dafür reicht weiterhin nicht aus. Die Studierendenwerke müssen eigene Mittel aufbringen, um eine gute BAföG-Bearbeitung im Sinne der Studierenden sicherzustellen. Es ist inakzeptabel, dass die Landesregierung ihre Verwaltungskosten auf die Studierenden abwälzt. Die Finanzierung muss die tatsächlichen Kosten decken!

Die im Haushaltsbegleitgesetz versteckte Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags (bisher 70 € pro Semester) wurde nochmal von 78 € im Entwurf auf 80 € im Gesetzesbeschluss erhöht.

Die Mehrbelastung der Studierenden durch diese zusätzliche Beitragserhöhung um 2 € im Semester entspricht ziemlich genau der Entlastung durch die Erhöhte Finanzhilfe von 1,2 Millionen Euro. Insgesamt ist das für die Studierenden ein Nullsummenspiel!

Die Landesregierung versagt bei ihrem sozialen Auftrag gegenüber Studierenden. Anstatt einer dringend notwendigen Entlastung, hat sich die Landesregierung für eine zusätzliche Belastung der Studierenden entschieden. So sieht keine Bildungsgerechtigkeit aus! So löst man keinen Fachkräftemangel!